

Ethik des Internet

FAHRRADBREMSE AM JUMBOJET? BEI ALLER SKEPSIS ÜBER DIE PRAKTISCHE RELEVANZ EINER TECHNOLOGIE-ETHIK SUCHT DIESER BEITRAG NACH ANSÄTZEN EINER GESELLSCHAFTSVERTRÄGLICHEN STRUKTURELLEN AUSLEGUNG DER ONLINE-KOMMUNIKATION.

Matthias Loretan

Gentechnik, Wirtschaftspolitik und Medienfragen haben eines gemeinsam: Sie tragen zum raschen und nachhaltigen Wandel der Gesellschaft bei und wecken dadurch einen Bedarf an Orientierung, Steuerung und Legitimation. Es herrscht deshalb ein *Boom angewandter Ethiken* (Technik-, Politik-, Wirtschafts-, Medien-Ethik usw.). – In den öffentlichen und politischen Diskussionen über Technologien spielen ethische Fragen eine wichtige Rolle. Sie betreffen die nachhaltigen Wirkungen technologischer Entscheidungen, ihre schwer prognostizierbaren Zukunftsrisiken, die ökologische Erkenntnis des übermäßigen Verbrauchs der Natur sowie die Ambivalenz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Ethik als eine Disziplin philosophischer Reflexion versucht in dieser Situation Orientierungshilfen bereitzustellen.

Vermag Ethik diesem Interesse gerecht zu werden? Ein selbstkritischer Überblick über aktuelle wissenschaftliche Entwürfe der Technologie-Ethik (Grunwald 1996) zeichnet ein *wenig schmeichelhaftes Bild der Disziplin*: Eine Konvergenz der Erkenntnisse ist weder auf der theoretischen Basis noch bei den Prognosen noch in den praktischen Schlussfolgerungen zu erkennen. Ethische Reflexion kommt zudem oft zu spät oder erzeugt angesichts der wirtschaftlichen Sachzwänge, der politischen Prioritätensetzungen sowie der Komplexität moderner Techniken bestürzend harmlose Einsichten. Die Wirkung der wissenschaftlichen Ethik auf den technologischen Wandel lässt sich mit einer Fahrradbremse an einem Interkontinentalflugzeug vergleichen.

Gleichzeitig mit dem Boom der angewandten Ethiken kommen *Zweifel an ihrer praktischen Relevanz* auf. Trägt die philosophische Disziplin zu einer Sensibilisierung oder einer Entpolitisierung der gesellschaftlichen Technologiedebatten bei? Lassen sich Disziplinen wie Ethik und Pädagogik bei der Einführung neuer Technologien mit der Klärung von Details (vgl. Debatte über Pornographie im Internet) abspeisen? Ist in bezug auf Grosstechnologien und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklungen überhaupt möglich, was dringend erforderlich wäre: das Verstehen von Zusammenhängen und das Wahrnehmen von Optionen verantwortlichen Handelns?

Technologie-Ethik liefert disparate Ergebnisse, kommt oft zu spät und bleibt wirkungslos

Gibt Ethik sich mit Klärung von Details zufrieden?

TECHNOLOGIE-ETHIK ALS POLITISCHE RISIKOKOMMUNIKATION

Um sich vor Missbräuchen zu schützen, muss die Ethik den *gesellschaftlichen Ort* klären, an dem sie ihre Resultate in den Prozess der Technikentwicklung wirksam einbringen kann. Den geeigneten Kontext bieten die öffentlichen bzw. *politischen Diskurse über die sozialen Technikkonflikte*. Die

Akzent: Internet-Kultur und Kirche

politische Risikokommunikation setzt an bei Konflikten über die zu setzenden Zwecke, die zu realisierenden Mittel, die Akzeptanz von Nebenfolgen und die Zuschreibung von Verantwortung. Entsprechend konzentriert sich Technologie-Ethik auf die Lösung struktureller Fragen (Makroebene) und verfährt interdisziplinär (wegen der Komplexität der Technologien), prospektiv (statt reaktiv) und partizipativ. Es sind die Betroffenen, die die Zwecke bzw. die Risiken akzeptieren müssen. Die Ethik übernimmt eine beratende Funktion, indem sie innerhalb der gesellschaftlichen Technologiediskurse

- Möglichkeiten diskursiver Verständigung zur Geltung bringt
- die relevanten Konflikte transparent macht (z.B. Folgenabschätzung)
- Problemlösungen evaluiert und im Hinblick auf Werte gewichtet
- die Verantwortung der Beteiligten sensibilisiert

In der diskursethischen Bewältigung von Technikkontroversen spielen *Wertfragen* eine entscheidende Rolle. Welche Risiken sind wir bereit kollektiv einzugehen? Wie werden sie verteilt? Diese Fragen können in modernen Gesellschaften allerdings nicht im Rahmen *einer materialen Ethik* gelöst werden. Hinter den verschiedenen technischen Optionen stehen nämlich verschiedene Menschen- und Weltbilder. Die Beteiligten müssen ihre pluralen Vorstellungen, in welcher Gesellschaft sie leben wollen, über Verständigungsverfahren klären. Die Pluralität der vertretenen Optionen dürfte nur eingeschränkt werden, wenn entweder der Fortbestand der Menschheit gefährdet wäre oder universelle Kriterien der Chancengerechtigkeit massiv verletzt würden.

Die *Verantwortungsethik* misst die Richtigkeit einer Handlung an ihren Folgen. Für die Abschätzung von Technikfolgen leisten die Konzepte im Umfeld des Utilitarismus wertvolle Dienste. In unserer wissenschaftlich technischen Zivilisation war bisher eine pragmatische Verständigung über die vernünftige Wahl der Mittel bei gegebenen Werten und Zielen noch am ehesten möglich. Die Zweck-Mittel-Rationalität stößt allerdings bei der Beurteilung komplexer technischer Systeme an ihre Grenzen. In ihrer Komplexität zeichnen sich Technologien durch eine *Eigendynamik der Mittel* aus und erschöpfen sich nicht darin, vorgegebene Zwecke zu realisieren. Im Gegensatz zu Werkzeugen – ihren Benutzern sind in der Regel Zweck und Nebenfolgen bekannt – und zu Maschinen – ihre Benutzer verfügen über die Zwecke, wissen in der Regel aber wenig Bescheid über Konstruktion und Nebenfolgen – schränken technische Systeme (Elektrizität, Gentechnologie, Internet) die Entscheidungsfreiheit der Nutzerinnen und Nutzer insofern ein, als sie nur noch ein Handeln in Strukturen zulassen. Strukturen sind aber nicht wertneutral, sondern ethisch wirksam. Auch das Internet ist insofern ethisch bedeutsam, als die technologische Infrastruktur das Handeln der Beteiligten nachhaltig prägt.

INTERNET: VOM FUNDAMENTALISTISCHEN PRO UND CONTRA ZUR POLITISCHEN DISKUSSION

1. Technologisch ist das Internet eine *unspektakuläre Weiterentwicklung* und Zusammenführung bisher getrennter Technologien wie Informatik (Computer), Telekommunikation (Fernmelde-netze) und Massenmedien (Presse, Radio und Fernsehen). Digitalisierung und Interaktivität heben technisch bedingte Unterschiede zwischen Individualkommunikation und Massenkommunikation auf. Auf leistungsfähigen multifunktionalen Netzen werden zukünftig vielfältige Dienste angeboten: Telefon, Fax, Radio- und Fernsehprogramme, Bildtelefon und interaktive Datendienste wie heute zum Beispiel das Internet. Die unscheinbare und faktische Einführung der Online-Kommunikation sowie deren lautlose und dezentrale Weiterentwicklung erübrigen einen politischen Diskurs, der auf die fundamentale Entscheidung für oder gegen das Internet abzielt (wider die paradiesischen und apokalyptischen Szenarien). Ein solcher Diskurs kommt *zu spät*.

Ethik muss bei strukturellen Fragen ansetzen und interdisziplinär vorgehen

Werte können nicht materialiter geklärt werden, sondern sind in Verständigungsverfahren zu behandeln

Utilitarismus stößt bei komplexen technischen Systemen an Grenzen; Handeln in Strukturen ist gefordert

Internet ist die unscheinbare Einführung der Online-Kommunikation

2. Das Internet als *pars pro toto* der Online-Kommunikation ist eine *Schlüsseltechnologie moderner Informations- und Kommunikationsgesellschaften*. Die Online-Kommunikation prägt das Zusammenleben der Menschen nachhaltig, kann aber mit einer grossen *Akzeptanz* rechnen. Sie birgt *keine dramatischen Risiken*, welche das Überleben der Gattung oder grösserer Gruppen von Menschen gefährden würden. *Nutzen* bringt das Internet bzw. die Online-Kommunikation so unterschiedlichen Gruppierungen wie Informationseliten, Mediennutzern (digitales Fernsehen) und der Wirtschaft. Als lebensdienliche Infrastruktur ermöglicht das Internet

Internet ist eine Schlüsseltechnologie

- neue ökologische, wirtschaftliche und nutzernahe Kommunikationsformen
- kreative Problemlösungen: transversale Organisation von Wissen
- die Schaffung neuer Märkte (Hardware, Software, Content)
- Rationalisierungen in Wirtschaft und Politik
- strategische Positionierung von Unternehmen auf den globalen Märkten

3. *Ethische Probleme*, wie sie heute als typische Gefahren des Internet diskutiert werden, sind entweder lösbar durch technische, pädagogische oder politische bzw. rechtliche Massnahmen. Ein Teil der Probleme wird entweder wie eine Kinderkrankheit von selbst auswachsen oder durch die Beteiligten selbst reguliert werden. Andere bedürfen einer *sorgfältigen politischen Gestaltung*:

Es sind die Probleme zu regeln, die sich nicht von selbst erledigen

- Inhalte (Rassismus, Pornographie, Gewalt)
- Urheberrechte und ihre Abgeltung
- Datensicherheit und Datenschutz (gläserner Bürger)
- Virtualität als Droge, Abbau direkter Kontakte im Alltag und bei der Arbeit
- Datenexplosion, Überforderung der Nutzer
- Ungleiche Verteilung der Kommunikationschancen

4. Für eine *sozialverträgliche Gestaltung* der Online-Kommunikation ist entscheidend, ob die Zugänge und Kompetenzen im Umgang mit der neuen Schlüsseltechnologie bzw. Kulturtechnik *gerecht verteilt* werden. Dazu ist bildungs- und ordnungspolitische Phantasie gefragt.

Entscheidend für Sozialverträglichkeit ist die Zugänglichkeit

Die *strukturelle Organisation* des Internet beeinflusst nachhaltig die Entwicklung der Online-Kommunikation. Zur Zeit konkurrieren zwei ordnungspolitische Optionen. Sie stellen keine absoluten Gegensätze dar, sondern können im Internet nebeneinander bestehen bzw. in einem labilen Gleichgewicht optimiert werden.

a) *Zivilgesellschaftliche Option*: Freischwebende Informationseliten nutzen das Internet als Infrastruktur zur privaten und öffentlichen Verständigung. Ethos und öffentliches Engagement entsprechen dem von sozialen Bewegungen. Ordnungspolitisch setzen sich ihre Vertreter ein für eine möglichst *offene, dezentrale und anarchische Vernetzung*. – In diesem Umfeld blüht ein bunter Strauss von *Netzethiken*. Sie lesen sich zuweilen wie Kampfschriften gegen die kommerzielle Auslegung des Internet sowie gegen die zensurierenden Eingriffe des Staates (vgl. Jahrmann Margarethe u.a.: Demokratie und Internet). Zu ihrer Abwehr verpflichtet sich die *Internet-Community* auf die Einhaltung von Ehrenkodizes, die den öffentlichen Zugang von Informationen, den Klau von Webseiten, aber auch den Umgang mit Missbräuchen wie die Verbreitung harter Pornographie regeln. Auf letztere reagiert die Community teils mit Verachtung, teils mit anarchistisch motivierter Libertinage. Die empfohlenen Massnahmen gegen die Perversionen reichen von Nicht-Beachtung oder Ausschluss aus der Gemeinde (aber nicht vom Netz) zu technischen Störaktionen oder der Entwicklung von Verfahren, die die Authentifizierung von Erwachsenen sicherstellen, bis hin zur öffentlichen Diskussion der diskreten Missbräuche.

Die zivilgesellschaftliche Option setzt auf Offenheit, Verhaltenskodizes und Sanktionen der Community

b) *Kommerzielle Option*: Die Schlüsseltechnologie Online-Kommunikation ist von strategischer Bedeutung für die Entwicklung von Unternehmen und Volkswirtschaften. Die Wirtschaft baut für ihre interne Steuerung und Organisation *geschlossene Intranets* auf. Am *World Wide Web* ist die

Akzent: Internet-Kultur und Kirche

Wirtschaft vor allem als *neuer Markt für Informationen und Dienstleistungen* interessiert. Die Entwicklung der Technologie und ihre globale und massenwirksame Verbreitung erfordern einen hohen Kapitaleinsatz. Zur Zeit ist deshalb ein hoher Druck spürbar, die Online-Kommunikation nach Optionen wirtschaftlicher Effizienz zu strukturieren. Einerseits fordern die kommerziellen Interessen einen möglichst weitgehend *deregulierten Weltmarkt* (Abschaffung der nationalstaatlichen Monopole der PTT sowie anderer Service public-Einrichtungen), auf dem sich transnational tätige Unternehmen möglichst frei bewegen können. Andererseits versuchen sie über Zusammenschlüsse oder Verträge die Entwicklung der Technologie sowie der Informationsmärkte zu steuern. Um das Internet in die Masse zu verbreiten (z.B. über das digitale Fernsehen), streben sie insbesondere *übersichtliche und stabile Strukturen* sowie ein *moralisch sauberes Image* des Internet an. Nach einer anarchistisch verlaufenden Einführungsphase werden die neuen Kulturtechniken – wirksamer als mit Zensur – durch die Kommerzialisierung auf *political correctness* hin domestiziert.

Die kommerzielle Option setzt auf Effizienz, Deregulierung und sauberes Image

5. Die Technologie der Online-Kommunikation kann den Aufbau neuer globaler Märkte und Öffentlichkeiten unterstützen. Eine einseitig *nach wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Technologie- und Wettbewerbspolitik* ist allerdings *nicht sozialverträglich*. Die Orientierung am Weltmarkt, der in seiner willkürlichen Selbststeuerung von internationalen politischen Instanzen unzureichend kontrolliert wird, unterläuft nationalstaatliche Regelungskompetenzen und verstärkt die Ungleichheit der Entwicklungs- und Kommunikationschancen zwischen den armen und reichen Ländern (vgl. Manuel Gnos: Afrika im Internet, in dieser Nummer).

Unkontrollierter Wettbewerb unterläuft staatliches Recht und verstärkt das Nord-Süd-Gefälle und soziale Spannungen

Auf nationaler Ebene fordert neoliberale Standortpolitik den Abbau staatlicher Garantien gemeinwohlorientierter Leistungen und *schwächt die soziale Integration*. Längerfristig kann neoliberale Standortpolitik nur eine beschränkte Zahl hochproduktiver und entsprechend anspruchsvoller Arbeitsplätze anbieten. Die Folge wäre eine Spaltung der Gesellschaft in eine kleiner werdende Zahl von Menschen, die auf durchrationalisierten Arbeitsplätzen hohe Einkommen erzielen, und in eine zunehmende Zahl von Arbeitslosen. Die dynamische Interpretation der Gemeinwohlorientierung in einem sich rasch wandelnden Umfeld erfordert deshalb nicht einen Abbau, sondern eine *Rehabilitation der Politik*. Statt der aussichtslosen Herstellung von Vollbeschäftigung hätte sie neue Modelle der Partizipation an Arbeit, Freizeit und Kommunikation zu realisieren.

6. Als ein Beispiel für die gewachsenen Ansprüche an die Politik kann die *rechtliche Regelung der Telekommunikation* gelten. Die technischen Neuerungen, die Globalisierung der Märkte und die internationale Deregulierung führen zu neuen Marktstrukturen. Die meisten europäischen Staaten reagieren auf diese Situation, indem sie nach volkswirtschaftlichen Kriterien die *Wettbewerbsfähigkeit* ihrer Wirtschaft zu wahren versuchen. Anfang 1998 wird auch der Schweizer Telekommarkt geöffnet (vgl. ZOOM K&M 8: Deregulierung des Gemeinwohls) und das Monopol für Telefon und Netze der Telecom/Swisscom aufgehoben. Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) übernimmt alle hoheitlichen und wettbewerbsregulierenden Aufgaben. Mit dem Konzessionsregime sichert die Regulierungs- bzw. Aufsichtsbehörde einen geordneten Wettbewerb. Sie kann neben der Swisscom auch Dritte mit der fernmeldetechnischen Übertragung von Daten betreuen. Die zuständige Behörde stellt die Grundversorgung als prioritäre sozialpolitische Leitlinie sicher und verteilt deren Finanzierung über Konzessionsgebühren auf alle Marktteilnehmer. Gleichzeitig wird für die Swisscom der unternehmerische Spielraum geschaffen, damit sie sich als marktorientiertes Unternehmen auf den neuen nationalen und internationalen Märkten nachfrageorientiert verhalten kann (Verzicht auf Quersubventionierung, Trennung der Bereiche Post und Telekommunikation, Swisscom als Aktiengesellschaft des öffentlichen Rechts).

Im international deregulierten Umfeld kann die Schweizer Telekommunikationspolitik das *Gemeinwohl* nicht mehr an der *Institution PTT* festmachen, die als Monopolbetrieb in einem abgeschotteten Markt politisch einfach zu steuern war. Die technische, politische und wirtschaftliche Dynamik der Telekommunikation zwingt Abschied zu nehmen von einem Ordnungsrahmen, der mit der Institution PTT als *Service public* wirtschaftliche und soziale Interessen miteinander verband. In bezug auf die dynamische Entwicklung formuliert das neue Fernmeldegesetz gemeinwohlorientierte *Leistungserwartungen* (Funktionen) *offen*. Ihre Konkretisierung fällt in die Zuständigkeit der politischen Behörden. Durch die neue Arbeitsteilung zwischen der Schweizer Swisscom als marktorientiertem Unternehmen und der Regulierungs- respektive Aufsichtsbehörde wird gemeinwohlorientierte Politik also nicht aufgehoben. Durch ihre Flexibilisierung wird sie im Gegenteil nur anspruchsvoller. Die Definition dessen, was angesichts der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zur *Grundversorgung* gehört, wird *zum Politikum*. Die politische Öffentlichkeit wird darüber wachen müssen, ob soziale, ökologische und föderalistische Anliegen dabei angemessen berücksichtigt werden.

Politische Gestaltung ist nicht hinfällig, sondern sie ist anspruchsvoller geworden

DAS INTERNET IST SCHWER ZU DISZIPLINIEREN

Im Vergleich zu den politischen Konflikten um die strukturelle Gestaltung der Online-Kommunikation sind jene Probleme des Internet, die von den Medien und einer entrüsteten Öffentlichkeit als typisch ethisch diskutiert werden, von nachgeordneter Bedeutung. Was die Darstellung anstössiger Inhalte wie *Pornographie*, *Rassismus*, *Gewaltdarstellungen* betrifft, so haben diese Phänomene keine internetspezifischen Ursachen. Bei den Vorschlägen zur rechtlichen Disziplinierung und Zensurierung wird das Internet noch weitgehend als Massenmedium (Push-Kommunikation) missverstanden. Entsprechend wird der hybride multifunktionale Charakter des Internet verkannt, verschiedenartige Kommunikationsformen zu integrieren:

- E-Mail (privater elektronischer Briefverkehr)
- Diskussionsforen oder Chats (virtuelle Stammtische)
- Abrufmedien (Pull-Kommunikation von Inhalten aus Datenbanken)
- Verteilmedien (Push-Kommunikation, Rundfunk, Mailings an Abonnenten)

In der Schweiz gelten die allgemeingültigen Gesetzesbestimmungen etwa für die *Pornographie* (Art. 197 StGB: Verbot von harter Pornographie) auch für die Online-Kommunikation. Das Internet macht den Zugang zu den fragwürdigen Inhalten allerdings einfacher und anonymer. Da die Urheber ihre Botschaften in völliger Anonymität irgendwo auf der Welt ins Netz laden können, erweist sich die Verhinderung solcher Angebote als schwierig. Die Provider, über welche die einschlägigen Webseiten bezogen werden können, machen sich nach Schweizer Rechtsprechung erst dann haftbar, wenn ihnen rechtswidrige Inhalte auf den von ihnen unterhaltenen Servern bekannt sind (etwa durch den Hinweis von Kunden) und sie nicht sämtliche technischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Zugang zu verhindern. Mit Filterprogrammen, die den Zugriff auf bestimmte Webseiten verhindern, können Surfer schliesslich selbst Schutzvorkehrungen treffen, deren Sicherheitsstufe sie frei bestimmen können. Solche Filterprogramme gibt es zum Beispiel unter <http://www.surfwatch.com>, [netnanny.com](http://www.netnanny.com) oder [cyberpatrol.com](http://www.cyberpatrol.com). Zudem erhält der Internet-Explorer 4.0 unter *Ansicht -> Internetoptionen -> Inhalt* eine Webseiten-Zugriffssperre, die von einer amerikanischen Elternvereinigung laufend angepasst wird. Solche Aufpasser-Programme können allerdings so rigide sein, dass beispielsweise die Webseiten des Zürcher Tages-Anzeigers nicht mehr erreicht werden können.

Das Pornographieverbot gilt auch für das Internet, ist aber hier besonders schwer durchsetzbar

Das unbeholfene Zusammenspiel der Justizbehörden mit kommerziellen Anbietern von Internet-Diensten soll an ein paar Beispielen dokumentiert werden:

Akzent: Internet-Kultur und Kirche

- Am 22. November 1995 hatte der Online-Provider CompuServe im Zuge von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München den Zugang zu zirka 200 Internet-Diskussionsforen vorübergehend weltweit für seine Nutzer gesperrt. Es handelte sich dabei um Usenet-Gruppen, in deren Namen Begriffe wie “sex”, “erotica”, “gay” oder “lesbian” vorkamen. CompuServe
sperrt
Diskussionsforen
- Am 30. August 1996 hat die Bundesanwaltschaft mit Hinweis auf einen nach deutschem Recht (StGB 129a) verbotenen Text – der auf WEB-Servern ausländischer Internet-Provider weltweit abrufbar ist – deutsche Internet-Provider und Online-Dienste auf eine mögliche Mitschuld durch Beihilfe zu Straftaten hingewiesen, falls die Provider auch weiterhin den Abruf der beanstandeten Seiten über ihre Zugangs- und Netzknoten ermöglichen sollten. Ein Ermittlungsverfahren gegen die Verbreiter des Textes wurde bereits eingeleitet. In vorausseilendem Gehorsam ergriffen einige deutsche Internetprovider Massnahmen und sperrten die von der Bundesanwaltschaft genannten Web Sites bzw. die zugehörigen Hosts (Content-Provider) vorübergehend. Für den gesperrten holländischen Host bedeutete die Sperre einen Boykott seines gesamten Internetangebotes durch deutsche Netzprovider. Deutsches Verbot legt holländischen Host lahm
- Paragraph 87 des deutschen Telekommunikationsgesetzes verpflichtet Dienstleister, die einen Telekommunikationsdienst anbieten (z.B. Internet-Provider), ihre Kundendatenbanken den Behörden zugänglich zu machen und Auskünfte zu erteilen. Ohne Zweckbindung können Behörden (Strafverfolgung und Geheimdienst) automatisch und unbemerkt Kundendaten und Rufnummern aus den Anbieterregistern abrufen. Deutsches Gesetz fordert von Providern
Personendaten
- Der amerikanische Präsident Bill Clinton proklamierte den Communication Decency Act (8.2.96) und bereitete damit den Weg zu einer Internet-Zensur. Sie stellt die Verwendung von Worten wie “fuck” oder “shit” im Internet unter Strafe. Die Übermittlung, Distribution oder Publikation von unanständigem Material im Internet kann mit Geldstrafen bis zu 250'000 Dollar und Haftstrafen bis zu zwei Jahren geahndet werden. Sowohl Protest-Bewegungen als auch Firmen wie Microsoft und America Online bekämpften das Gesetz. Das amerikanische Bundesgericht erklärte das Gesetz schliesslich als verfassungswidrig. Die schwer eingrenzbar definierte von “unsittlichen” Tatbeständen verletzte das Recht auf freie Meinungsäußerung; zudem sei es nicht Aufgabe der USA, ein weltweites Netz durch nationale Gesetzesbestimmungen zu regeln. US-Verordnung,
die zu Zensur tendierte, vom Bundesgericht gestoppt

ETHISCHE DISKURSE ÜBER NEUE FORMEN DER WAHRNEHMUNG UND DER KOMMUNIKATION

Die „ethischen“ Debatten um die (Zensurierung der) Inhalte lenken von den entscheidenderen politischen Diskussionen um die strukturelle Auslegung der Online-Kommunikation ab. Die politischen Kontroversen betreffen Fragen des Zugangs, der Bildungschancen sowie des Datenschutzes und lassen sich nach Kriterien chancengerechter Machtverteilung (vgl. oben) diskutieren. Mit der Nutzung der neuen Technologie ergeben sich aber auch neue Formen der Wahrnehmung und der Kommunikation, die künftig Strukturen ethisch verantworteten Handelns bestimmen werden. Nach der Prognose des französischen Theoretikers Pierre Lévy (Die kollektive Intelligenz. Eine Anthropologie des Cyberspace) definiert der Cyberspace fast alle Bereiche der Gesellschaft neu, besonders die Beziehung zum Wissen, die Arbeit, das Geld, die Politik und die Stadt. Lévy geht mit der konservativ abwehrenden Kulturkritik hart ins Gericht, weil sie die Tragweite des Wandels nicht verstehen will und kann. Mit ihrem Verzicht auf menschenfreundliche Visionen räumt sie das Feld der virtuellen Netzkultur der kommerziellen Propaganda und entmutigt Menschen einzugreifen. Diskussionen um ethisch relevante Fragen der virtuellen Netzkultur sollen deshalb kurz skizziert werden.

Zensurdebatten lenken von entscheidenderen Diskussionen ab

Konservative Kulturkritik verkennet die Tragweite des Wandels

Ethische Fragen der Netzkultur:

Die Online-Kommunikation erhöht das Risiko des Missbrauchs, weil Nutzerinnen und Nutzer einen Teil ihrer sozialen Kontakte über eine hybride Nabelschnur organisieren. Die gläsernen Telekunden und -bürger hinterlassen einen potentiellen Datenschatten, der wesentliche Informatio-

– Datenschutz

nen zu ihrer Person enthält: zum Beispiel ihr Einkaufsverhalten, ihre thematischen und politischen Präferenzen, ihr Freizeitverhalten. Eine dezentrale Struktur der Online-Kommunikation sowie ein wirksames Datenschutzrecht sind notwendig, um Missbräuchen vorzubeugen und einseitige Abbildungsmöglichkeiten von Bürokratien und Unternehmen gegenüber Privatpersonen zu begrenzen.

Ein Streitpunkt zwischen den Verbänden der Journalisten und denen der Medienunternehmen ist die Honorierung von Texten. Diese wurden bisher für die Publikation in einer Zeitung hergestellt, können nun aber mit der Digitalisierung von Produktion, Distribution und Archivierung auch auf Datenbanken gespeichert und online öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Konflikt mit der Abgeltung von Urheberrechten ist allerdings nur eine erste Etappe in einem Prozess, der die Instanz des Autors noch grundsätzlicher in Frage stellen wird. Die Online-Kommunikation hebt nämlich die Einheit der Schriftkultur-Dokumente als Territorium mit einem Autor / Besitzer auf. Seiten von Büchern und Artikeln sind materiell geschlossen, während Webseiten weltweit mit Seiten anderer Dokumente technisch verbunden sind und diese wiederum auf andere Seiten verweisen. Eine Webseite ist wie ein Tropfen in einem weltweiten Ozean zirkulierender Zeichen.

– Auflösung der Autorschaft

Eine extreme Aufhebung der Autorschaft stellen die virtuellen Gemeinschaften dar. An diese anonymen Stammtische loggen sich Menschen gleichzeitig ein und kommunizieren mehr oder weniger regelmässig miteinander. MUDs (Multi User Dungeon) sind Textwelten, an denen Teilnehmer permanent weiterschreiben. Bei dieser kollektiv geschriebenen Literatur gibt es auch eine besondere Art von Online-Phantasiespielen (MOOs). In ihnen sind die Teilnehmer nicht nur die "Autoren" des Textes, sondern zugleich Erfinder ihrer eigenen Rollen. Durch ihr Spiel erzeugen sie einen virtuellen szenischen Raum (Stalin und Maria im Dritten Vatikanischen Konzil). Die anonymen Teilnehmer können dabei Rollen ausprobieren, die so weit entfernt oder so nahe am "wirklichen Selbst" sind, wie sie es möchten.

– virtuelle Gemeinschaften

VIRTUALITÄT ALS DROGE, ABBAU DIREKTER KONTAKTE IM ALLTAG UND BEI DER ARBEIT

Die konsequente Anwendung von Online-Diensten vermindert beiläufige zwischenmenschliche Kontakte im *Alltag* (Einkaufen, Besuch von Bibliotheken, Post, Bank) sowie bei der Arbeit (Telearbeitsplätze Daheim oder Unterwegs). Der Betrieb als Organisationsform der *Arbeit* wird mobiler und virtueller. Online-Kommunikation hebt das Erfordernis, physisch anwesend zu sein, teilweise auf und verändert damit die innerbetriebliche Öffentlichkeit sowie die Arbeit der Gewerkschaften. – Bei *Computerkids* diagnostizieren Pädagogen ein gestörtes Verhältnis zu ihrer sozialen Umgebung. Das Internet erhöht die Attraktivität des Computers und kann Abhängigkeiten verstärken. Empirische Untersuchungen lassen allerdings vermuten, dass die Internet-Nutzung vor allem zu Lasten des Fernsehkonsums geht und dass zumindest innerhalb der Freizeit das Zeitbudget für Medien sich kaum erhöht.

– gestörtes Verhältnis zur sozialen Umwelt

Als Gegenentwurf zur marktliberalen Hightech-Ideologie des *Cyberspace* arbeitet die seit 1996 vierteljährlich erscheinende Zeitschrift *Telepolis* an einer sozial-liberalen Politik der Informationsgesellschaft. In Abgrenzung zur "kalifornischen Ideologie" der Gruppe um den Futurologen *Alvin Toffler* und dem Republikaner *Newt Gingrich* macht die Zeitschrift ihren Namen zum Programm. "Telepolis" thematisiert die Verflechtung des virtuellen Raumes mit den "alten" Räumen und deren wechselseitige Begrenzung und Wirkung aufeinander. Sie wirft Fragen auf nach dem Kapitalismus im Informationszeitalter, nach Gewinnern und Verlierern und den Chancen der gesellschaftlichen Information.

– Frage nach Gewinnern und Verlierern

DATENEXPLOSION, ÜBERFORDERUNG DER NUTZER

Internet liefert eine Flut von ungeordneten und kontingenten Informationen. Die Überflutung mit Informationen kann die Fähigkeit zur Aufmerksamkeit und Konzentration zerstreuen sowie die

Akzent: Internet-Kultur und Kirche

Kompetenz lähmen, Informationen zu Wissen zu verarbeiten. Den souveränen und chancenreichen Umgang mit der neuen Kulturtechnik Online-Kommunikation zu erlernen, ist deshalb ein wichtiges bildungspolitisches Postulat. - Zur Orientierung in der anarchischen und chaotischen Datenflut bietet das Netz selbst aktive Ordnungsstrategien. Die Ordnung ist nun allerdings nicht mehr statisch hierarchisch, sondern individualisiert und transversal vernetzt:

- Bookmarks, die nach individuellen Interessen angelegt werden
- intelligente Suchmaschinen, die für alle kostenlos zugänglich sind
- Personal Agents, die den Datenraum nach Präferenzen der Nutzer systematisch absuchen und vorstrukturieren
- Knotenpunkte (z.B. Katholische Kirche Schweiz Online als Netzwerk zum Thema Kirchen – Religion – Gesellschaft)

Damit wird eine neue *Positionierung der traditionellen Medien* notwendig. Presse, Radio und Fernsehen werden durch die Online-Kommunikation nachhaltig verändert. In der Unübersichtlichkeit der Datenflut können sie sich allerdings auch als unabhängige Agenturen der Glaubwürdigkeit profilieren, indem sie durch die redaktionelle Qualität der Auswahl und der Bearbeitung die Nutzerinnen und Nutzer unterstützen, die Informationen zu gewichten und sie zu Wissen zu verarbeiten.

Traditionelle Medien können in der Datenflut unentbehrlich werden

Literatur:

- Grundwald Armin: Ethik der Technik, Systematisierung und Kritik der vorliegenden Entwürfe. In: Ethik und Sozialwissenschaften 7, 3/1996
- Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft: Die Ware Information - Auf dem Weg zu einer Informationsökonomie, R.V. Deckers Verlag, Heidelberg 1997, 447 Seiten mit Begleitdiskette, Fr. 98.-
- Jahrmann Margarethe, Medosch Armin und Helmers Sabine: XS4all, Demokratie und Internet. In: Telepolis. Die Zeitschrift für Netzkultur, Nr. 0, 1996, 133-141
- Lévy Pierre: Die kollektive Intelligenz. Eine Anthropologie des Cyberspace, Bollmann-Verlag Mannheim 1997, 280 Seiten, Fr. 37.50
- Loretan Matthias: Grundrisse der Medienethik. Eine „Ethik des Öffentlichen“ als Theorie kommunikativen Handelns. In: ZOOM Kommunikation & Medien 4, 1994, 56-62
- Rötzer Florian: Die Telepolis. Urbanität im digitalen Zeitalter, Bollmann-Verlag, Mannheim 1997, 248 Seiten, Fr. 32.-
- Sandbothe Mike: Der Pfad der Interpretation. Medienethik im Zeitalter des Internet. In: Telepolis. Die Zeitschrift für Netzkultur, Nr. 0, 1996, S. 35-50
- Scheer Léo: Virtuelle Demokratie, Rotbuch-Rotationen, Hamburg 1997, 133 Seiten, Fr. 29.80
- Telepolis. Zeitschrift der Netzkultur. Bollmann-Verlag. München, Mannheim. Erscheint vierteljährlich, bisher vier Ausgaben, Fr. 18.-. Online-Ausgabe: <http://www.heise.de/tp>